

Der heiße Juli in Jerewan

VON DAVID PETROSYAN

Was geschah? Eine Zusammenfassung

Am Abend des 17. Juli besetzte eine bewaffnete Gruppe, die aus 31 Personen bestand und sich die „Recken von Sassun“ (Մասսու ճոճոյ)¹ nennt, die Polizeistation im Stadtteil Erepuni der armenischen Haupt-



Drei „Recken von Sassun“ © Wikimedia

stadt Jerewan. Angeführt wurde sie von Pawel Manukyan, ein ehemaliger Kommandant und in den 1990er Jahren Teilnehmer an den Kämpfen um Berg-Karabach. Während dieser Aktion wurde der Polizeioberst Artur Wanoyan (auch er Teilnehmer an den Kämpfen um Berg-Karabach) getötet und drei Polizeioffiziere wurden verletzt. Sie alle haben sich gegen die Angreifer gewehrt. Nach unterschiedlichen Angaben gab es unter den Angreifern zwei Verletzte. Ein Teil von ihnen waren ehemalige Kombattanten. Acht Polizisten wurden gefangen genommen, darunter der stellvertretende Kommandant der Polizei Armeniens, General Wartan Yeghiasaryan, und der stellvertretende Kommandant der Jerewaner Polizei, Oberst Waleri Osipyany, sie verhandelten mit den Vertretern von „Recken von Sassun“. Im Ergebnis wurden vier der Geiseln freigelassen, am 24. Juli folgten die restlichen. Einige Tage später, am 27. Juli, nahm die Gruppe Ärzte und das Erste Hilfe-Team zur Geisel, die das Areal der Polizeistation betreten hatten, um die Verletzten medizinisch zu versorgen. Bei den Schießereien zwischen dem Nationalen Sicherheitsdienst, der Polizei und den Mitgliedern der bewaffneten Gruppe haben Scharfschützen

1 So wurde ein mündlich überlieferter, erst im 19. Jh. verschriftlichter Volksepos genannt. Nach Manoug Abeghyan und Hovsep Orbeli handelt es um den Widerstand der Sassuner gegen die arabischen Eroberer (8.-10. Jh.).

die besonders kampfstarke Vertreter der Letzteren kampfuntüchtig gemacht. Am 31. Juli - an jenem Tag ergab sich die Gruppe - waren auf dem Gelände der Polizeistation 20 Personen übrig geblieben. Die anderen waren wegen ihren Verletzungen in Krankenhäuser gebracht worden oder hatten sich ergeben. Bei den Schießereien ist ein weiterer Polizist erschossen worden, einige wurden verletzt. Ein weiterer Polizist erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen.

Folgende radikalen Forderungen hat die Gruppe „Recken von Sassun“ gestellt:

- keine Übergabe der „Pufferzone“ um Berg-Karabach ohne rechtlich verbindliche Sicherheitsgarantien,

- Absetzung von Präsident Sargsyan,
- Freilassung ihres Anführers, des ehemaligen Kombattanten und Teilnehmers der Kämpfe um Berg-Karabach, des libanesischen Bürgers Oberst Jirair Sefilian.

Dieser war am 2. Juni verhaftet worden. Ihm wurde unterstellt, illegal Waffen und Munition gehortet zu haben. Die Behörden unterstrichen diesen Aspekt im Kontext der letzten Forderung der bewaffneten Gruppe immer wieder.

Die ganze Zeit über verhandelten die Behörden mit der bewaffneten Gruppe bezüglich ihrer Aufgabe. Witali Balasanyan, Abgeordneter des Parlaments der international nicht anerkannten Republik Berg-Karabach, Generalmajor der Reserve und Kandidat für das Amt des Präsidenten von Berg-Karabach (bei den Wahlen von 2012 hat er über 30 % der Stimmen auf sich vereinigen können), agierte als Vermittler. Die Verhandlungen wurden einige Male unterbrochen, auch deswegen, weil die „Recken von Sassun“ versuchten, einen anderen Vermittler einzusetzen und sich an die Vereinbarungen nicht hielten. Unweit von der Polizeistation gab es parallele Entwicklungen. Sympathisanten von die „Recken von Sassun“ und Demonstranten – ihre Zahl schwankte je nach Tag zwischen drei und 5000 – unterstützten die Forderungen der Gruppe. Sie verlangten darüber hinaus nicht gegen die „Recken von Sassun“ vorzugehen, um ein Blutbad zu verhindern. Die Demonstranten versuchten zweimal die Absperrungen vor der Polizeistation zu durchbrechen. Es kam am 20. und am 29. Juli zu ausgedehnten Zusammenstößen zwischen den Polizeikräften und den Demonstranten. Die Polizei ging beim zweiten Mal nicht nur gegen die Demonstranten, sondern auch gegen die Journalisten ziemlich brutal vor.

Sowohl das Vorgehen der Polizei, aber auch die Geiselnahme der Ärzte und der Sanitäter durch „Die Recken von Sassun“ führte zu Reaktionen der in Jerewan akkreditierten ausländischen Diplomaten und internationalen Organisationen, z.B. Human Rights Watch.

Am Ende wurden 31 Mitglieder der „Recken von Sassun“ festgenommen, denen Straftatbestände gemäß Art. 219, Abschnitt eins, Art. 235, Abschnitt drei, gegen 16 der Festgenommenen gemäß Art. 225, Abschnitt zwei des Strafgesetzbuches der Republik Armenien geltend gemacht wurden.²

Natürlich fragt man sich, warum die bewaffnete radikale Gruppierung nicht des Terrorismus oder der Durchführung eines terroristischen Aktes beschuldigt wird. Dabei entsprechen alle Aktivitäten von „Recken von Sassun“ diesem Tatbestand. Nach unserer Bewertung liegt das am Folgenden:

- Armenien hat kein Antiterrorgesetz. Das armenische Strafgesetzbuch enthält aber Artikel zur Abwehr des Terrorismus und dessen Bestrafung.

- Dass man vom Straftatbestand des Terrorismus abgesehen hat, kann auch darauf zurückgeführt werden, dass die „Recken von Sassun“ sich aus freien Stücken ergeben haben. Statt des Terrorismus beschuldigt zu werden, hat man diesem nahestehende Artikel des Strafgesetzbuches herangezogen, die allerdings milder bestraft werden.

- Armenien hat auch kein Gesetz gegen Extremismus wie in westeuropäischen Ländern und in Russland.

Die Ursachen

Die fortgesetzten Fälschungen bei nationalen Wahlen und bei Referenden, auch bei der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse haben scheinbar den Weg für einen zivilisierten Regimewechsel durch Wahlen verschlossen. Jene, die die Wahlfälschungen zu verantworten haben, und die Gewalttätigkeiten werden von den Machthabern nicht verurteilt; die internationalen Organisationen fördern das durch ihr Schweigen. So hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg keine der nahezu 50 Klagen aus dem Jahre 2008 einem

2 Für eine nicht offizielle englische Übersetzung des Strafgesetzbuches s. <http://www.parliament.am/legislation.php?sel=show&ID=1349&lang=eng>

Urteil zugeführt. Damals waren die Wahlen gefälscht worden und bei den Unruhen danach wurden zehn Menschen (darunter auch zwei Ordnungskräfte) getötet, mehr als 200 Menschen wurden verletzt. Diese Straftaten sind bis heute nicht aufgeklärt worden. Die Mehrheit im armenischen Parlament hat die wiederholten Aufforderungen der Opposition für ihre Untersuchung unterbunden. Dies alles führte zu einer Krise des Systems, die in den letzten 2-3 Jahren sich häufiger manifestiert hat. Das belegen auch die tatsächlichen, *nicht* die offiziellen Ergebnisse des letztjährigen Verfassungsreferendums. Die Machthaber Armeniens streben danach, das politische System des Landes nachhaltig nach ihren Vorstellungen zu formen. Als ein Beispiel hierfür sei der Druck, den der Präsident und sein Gefolge im Februar 2015 auf den Vorsitzenden der Partei „Blühendes Armenien“, Gagik

die sich in den letzten Jahren in der außerparlamentarischen Opposition und der Opposition außerhalb des Systems abgespielt haben. Die „Recken von Sassun“ sind das „Produkt“ der folgenden Prozesse:

- Es gab ein „Vorparlament“, dieses hat sich vor zwei Jahren aufgelöst. Dessen Mission bestand darin, grundlegende Dokumente zu erstellen, auch die Abhaltung von Wahlen zur Bildung des programmatischen „Gründungsparlaments“.

- Danach wurde das „Gründungsparlament“ geschaffen, ihm steht Garegin Tschukasyan vor.

- Weder das „Vorparlament“ noch das „Gründungsparlament“ hatten vor, gewaltsam an die Macht zu kommen. Es ging vielmehr um eine andere Form des Kampfes außerhalb der Verfassung: die Schaffung einer Parallelmacht durch Vereinbarungen mit der Mehrheit der Bevölkerung, denen

besonders hingewiesen werden: weder das „Vorparlament“ noch das „Gründungsparlament“, noch die „Recken von Sassun“ existierten de jure, da sie beim Justizministerium nicht eingetragen sind. Die Mitglieder dieser Organisationen, darunter auch Jirair Sefilian, lehnten Wahlen mehrheitlich ab und nahmen an den Wahlen nicht teil. Wir müssen auch darauf hinweisen, dass Jirair Sefilian mehrfach sowohl in der Republik Armenien als auch in der Republik Arzach (Berg-Karabach) die Einbürgerung beantragt hat. Seine Anträge wurden stets abgelehnt. Seine extreme Haltung stellte er mehrere Male unter Beweis. So wurde er im Jahre 2006 wegen Aufrufs zur gewaltsamen Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung und illegalen Waffenbesitzes zu Haftstrafen verurteilt. Nach Verbüßung der Hälfte der Freiheitsstrafe wurde er freigelassen. Wir nehmen an, dass er als ehemaliges aktives Mitglied der Selbstverteidigungskräfte der armenischen Gemeinschaft in Beirut dazu tendierte, bestimmte libanesischen Methoden in das innenpolitische Leben Armeniens zu integrieren.

Es geht darum, dass es im Libanon bis heute die Kultur, politische Fragen durch Waffengewalt bzw. durch ihre Androhung zu lösen, existiert.

Die Aktion der „Recken von Sassun“ muss man auch in diesem Kontext sehen.

Einige Folgerungen

Wir möchten darauf hinweisen, dass nur die Partei „Erbe“ die Aktionen der „Recken von Sassun“ unterstützt hat. Die Gründe für diese Zurückhaltung der anderen zählte der ehemalige Präsident Armeniens Lewon Ter-Petrossian am 22. Juli auf:

- Die Geiselnahme in der Polizeistation hat die Positionen Armeniens und der Republik Berg-Karabach bei der Verhandlungslösung des Karabach-Konflikts geschwächt.

- Die Lage war schon durch die Geiselnahme ziemlich kompliziert und kaum geeignet, Druck auf die Machthaber auszuüben. Darüber hinaus waren die Machthaber bestens informiert und besaßen alle Mittel, um das Problem ohne Blutvergießen zu lösen.

- Die Forderungen der Gruppe führen zur massiven Destabilisierung der innenpolitischen Lage Armeniens, letztlich auch zum Chaos. Folglich ist die Wahrscheinlichkeit, dass Baku davon profitiert und sowohl in Berg-Karabach als auch an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze militärische



Demonstranten, Unterstüzer

© Hetq

Zarukjan, ausgeübt haben, zu nennen. Im Ergebnis hat sich Zarukjan von der Politik zurückgezogen.

Aber als Reaktion auf die Umgestaltung der Wahlen und des politischen Umfeldes verändern sich die bestehenden Probleme. D.h.: Man antwortet auf die politischen Herausforderungen nicht mit der Sprache der Politik bzw. mit politischen Mitteln, sondern mit anderen, zum Beispiel mit Waffen. Im Ergebnis betreffen sie die herrschende „Partei der Macht“. Innenpolitische Probleme werden folglich mit der Sprache der Revolte formuliert und durch Revolten gelöst. Bekanntlich ist das Widerstandsrecht im internationalen Recht festgeschrieben.

Die „Recken von Sassun“ haben sich als Ergebnis komplexer Prozesse formiert,

die Legalisierung der Strukturen folgen sollte, die Letzteren bereits durch Wahlen.

- Interessant ist jedoch die Tatsache, dass ein Aktivist des „Vorparlaments“ und des „Gründungsparlaments“, nämlich Andreas Ghukasyan (gegenwärtig festgesetzt, ihm wird die Organisation von Massenunruhen zur Last gelegt), bei den Präsidentschaftswahlen vom Februar 2013 kandidiert hat.

- Bestimmte Medien und Experten präsentieren Jirair Sefilian als Vertreter der *öffentlichen Heilsfront* „*Neues Armenien*“. De facto hatte sich diese Front im Februar-März 2016 aufgelöst (die Partei „Erbe“ war Teil davon). Die Heilsfront „*Neues Armenien*“ existierte ca. sechs Monate, an ihren Veranstaltungen nahmen nicht mehr als 100 Personen teil. Auf einen Punkt soll



Lewon Ter-Petrosian © Wikimedia

Operationen vom Zaun bricht, hoch.

So wurden die Aktionen der Gruppe weder in der Republik Berg-Karabach noch in Armenien von den Veteranen des Karabach-Krieges und von Organisationen unterstützt.

Die Gesamtheit dessen, was oben dargestellt worden ist, ist einigen der diasporaarmenischen Organisationen in Europa und in den USA - diese haben die Gruppe unterstützt - nicht vollumfänglich bekannt. Alle großen Partner und Verbündeten Armeniens, sei es Russland, die USA und die EU, haben in ihren Erklärungen die Aktionen und die Forderungen der bewaffneten Gruppe verurteilt, insbesondere die Tötungen und die Geiselnahmen. Verurteilt wurde auch die unangemessene Anwendung von Gewalt durch die Polizei gegen die Demonstranten. Ähnliches haben auch bedeutende Organisationen wie die OSZE gesagt. Sie alle sind gegen die Destabilisierung in Armenien, aber auch in der Region. Bei seiner Zusammenfassung der Vorgänge sagte Präsident Sargsyan, dass man von der gewaltsamen Lösung von politischen Problemen absehen sollte. Die Machthaber haben nicht das Recht, nachsichtig mit jenen zu verfahren, die politische Fragen mit Waffen lösen wollen. Ein weiterer ähnlicher Versuch kann für Armenien tödlich sein.

Jerewan ist weder Beirut noch Aleppo. Niemand sollte die Methoden des Kalten Krieges aus dem vergangenen Jahrhundert aus dem Nahen Osten zu uns importieren.

Wenn einige das immer noch nicht verstehen, sollten sie sich die Geschichte des libanesischen Bürgerkrieges genauer anschauen oder die Folgen des noch andauernden Bürgerkrieges in Syrien.

- Jenen Kräften der politischen Opposition ist zu danken, die es verstanden haben, wo der politische Wettbewerb aufhört und die Sicherheit des Vaterlandes anfängt.

- Der Präsident gab deutlich zu verstehen, dass beim Karabach-Konflikt es keine

einseitigen Zugeständnisse geben wird. Das wird ausgeschlossen. Berg-Karabach wird niemals Teil von Aserbaidschan sein.

- Gegenwärtig ist es die Absicht des Präsidenten die nationale Einheit herbeizuführen, die ernsthafte politische und wirtschaftliche Reformen durchführen soll. Man geht davon aus, dass es in einigen Monaten eine solche Regierung gebildet werden könnte. Dennoch ist unklar, wie ihr Programm aussehen wird. Wir nehmen an, dass wenn eine solche Regierung möglichst rasch gebildet wird und der Ministerpräsident an der Spitze nicht von der Republikanischen Partei gestellt wird, diese in gewissem Umfang

Vertrauen für die Durchführung von Reformen auf sich vereinen kann. Aber wir haben große Zweifel, dass der Präsident tatsächlich große Reformen zum Wohle des Landes und seiner Bevölkerung durchführen möchte. Folglich ist es besser, den Versprechungen des Präsidenten kein Vertrauen zu schenken, sondern darauf zu achten, wie die Dinge sich entwickeln werden.

Aus dem Armenischen von RAFFI KANTIAN

Zur Person: David Petrosyan ist ein freier Journalist und politischer Analyst aus Jerewan.

Reaktionen & Kommentare

Die Union der Freiheitskämpfer von Berg-Karabach/Arzach: „Durch die Schwächung Armeniens bedroht ihr auch Arzachs Zukunft. Im Gegensatz zu euch sind wir, die Kriegsveteranen, überzeugt davon, dass friedliche und konsistente Reformen die Basis für den zukünftigen Fortschritt unseres Landes bilden.“

Raffi Hovannisian, Partei „Das Erbe“: „Wenn durch normale politische Prozesse die Probleme nicht gelöst werden, wird es neue ‚Recken von Sassun‘ geben.“

Der US-amerikanische Thinktank Stratfor (vor der Aufgabe der bewaffneten Gruppe): „Auch wenn die Geiselnahme nicht nur durch die Sorge um Berg-Karabach angetrieben worden ist, wird sie stark von ihr beeinflusst und ist ein Beleg für die Instabilität der Region, den ein diplomatischer Deal nach sich ziehen könnte. Die zunehmende Unzufriedenheit mit der Niederschlagung [von Demonstrationen] aus Sicherheitsgründen, die Zentralisierung der Macht und die Korruption, die mit Sargsyans Herrschaft in Verbindung gebracht werden (...) haben die Regierung weiter geschwächt.“

Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarats: „Ich erinnere daran, dass in Rechtsstaaten die Konflikte durch politischen Dialog, bei gleichzeitiger Respektierung der demokratischen Normen und Standards gelöst werden sollten. Ich appelliere an die Betroffenen, dieser gefährlichen Lage unverzüglich ein Ende zu bereiten und zu demokratischen Normen zurückzukehren (...) Die Versammlungsfreiheit muss vollständig respektiert werden.“

Eurasianet.org: „Politische Analysten und Menschenrechtsaktivisten glauben, die plötzliche Popularität der Bewaffneten sei

darauf zurückzuführen, dass [im Lande] statt der Herrschaft des Rechts die Gewalt obsiege. Fehlende Reformen hätten eine Stimmung begünstigt, durch die radikale, einschließlich gewaltsamer Methoden, zunehmend als Wege zur Durchsetzung von Reformen Akzeptanz fänden.“



Nach der heißen Phase: Präsident Sargsyan

Oberstes Organ der Daschnakutyun in Armenien: „Probleme können nicht durch Waffen, Gewalt, Geiseln, Terrorismus gelöst werden. Das Ziel rechtfertigt nicht die Mittel. Wer das Gegenteil denkt oder jene unterstützt, die das Gegenteil denken, schließt die Perspektive eines starken, gut organisierten, freien Landes aus. Durch die Illusion, sie kämpften für ein gut regiertes Land, für ein gutes Armenien, zerstören sie dieses Armenien.“

Präsident Sargsyan (am 1. August 2018): „Ich wiederhole es nochmal: Bei der Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts wird es keine einseitigen Konzessionen geben. Niemals. Berg-Karabach wird niemals Teil von Aserbaidschan sein. Niemals. Ich wiederhole es noch einmal: Das kommt nicht in Frage. (...) Um eine für meine Nation akzeptable Lösung zu erzielen, war ich immer bereit, jedwede Position zu opfern.“